Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 RM. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebietes 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 30 Pfg. mehr.
Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg.
Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg.
Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklamenteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Ankündigungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt
Rotationsdruck u. Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 276 — Freitag den 25. November 1932 nachmittags — 91. Jahrgang

Ein neues Kabinett Papen?

Hindenburg lehnt Hitlers Vorschlag ab

Schärfste Kampfansage der NSDAP. gegen jedes Kabinett

Die amtliche Mitteilung über die Ablehnung Hindenburgs

Amtlich wird mitgeteilt:

In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, den Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont, seine präsidialen Vollmachten zu geben und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könne.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Laufe des heutigen Donnerstag veröffentlicht werden wird.

Zur Vorgeschichte der Ablehnung Hindenburgs

Wie die Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, hatte der letzte Brief Hitlers an Dr. Meißner wohl die Möglichkeit offen gelassen, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen. Jetzt hat Mittwochabend noch eine Unterredung Adolf Hitlers mit Reichswehrminister General von Schleicher stattgefunden, bei der Hitler seine Forderung auf unbedingte Führung eines jeden Präsidialkabinetts in ausgesprochener Form eindeutig vertreten hat und jede Kompromißlösung ablehnte. Unter anderem hat er es abgelehnt, ein etwaiges Kabinett Schleicher und ein etwaiges Kabinett Schacht irgendwie zu unterstützen. Unter diesen Umständen hielt man es offenbar im Büro des Reichspräsidenten nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen noch weiter fortzuführen und man gab eine abschließende Antwort.

Kaas bei Hindenburg

Der Reichspräsident hat am Donnerstag nachmittag den Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, empfangen und ihm die Frage vorgelegt, ob er glaube, daß noch irgendeine andere Lösung möglich sei als eine Präsidiallösung. Prälat Kaas hatte bekanntlich auch auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Mehrheitsregierung im Reichstag gebildet werden könnte. Er dürfte heute nach den vorliegenden Erfahrungen mit den Nationalsozialisten nicht mehr dieser Meinung sein und voraussichtlich dem Reichspräsidenten erklären, daß eine andere Lösung als die Bildung eines Präsidialkabinetts nicht mehr möglich ist.

Unter diesen Umständen dürfte morgen im Laufe des Tages der Reichspräsident erneut Reichskanzler von Papen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Das neue Kabinett Papen dürfte indessen stärkere Personalveränderungen aufweisen, als bisher angenommen wurde.

Wie die Telegraphen-Union aus unterrichteten Kreisen hört, handelte es sich bei dem Empfang des Prälaten Kaas durch den Reichspräsidenten darum, daß der Reichspräsident, nachdem die Verhandlungen mit dem Führer der größten Reichstagsfraktion gescheitert sind, nun auch noch mit dem Führer der zweitgrößten Fraktion von denjenigen Parteien, die für die nationale Konzentration in Frage kommen, die Fühlung aufnehmen wollte, um mit ihm darüber zu beraten, ob nicht doch noch eine Möglichkeit besteht, diese nationale Konzentration zu verwirklichen. Der Reichspräsident dürfte mit Kaas darüber gesprochen haben, ob dieser es noch für möglich hält, im Reichstage eine Mehrheitskoalition zustande zu bringen und dürfte gefragt haben, ob Kaas es sich zutraue, für diese Aufgabe eine vermittelnde Rolle zu übernehmen. Kaas hat bereits bei dem ersten Empfang durch Hindenburg den Standpunkt vertreten, daß eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden könnte und es ist anzunehmen, daß er auch heute noch an diese Möglichkeit glaubt.

Besprechung Hitler—Hugenberg

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit Führern anderer Parteien am Donnerstag auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden.

Hitler bleibt vorläufig in Berlin

Der Zeitpunkt der Abreise Hitlers nach München ist noch nicht festgelegt. Adolf Hitler bleibt, wie die „Börsenzeitung" erfährt, vorläufig in Berlin.

Hitler zur Lage

Der „Angriff" veröffentlicht folgenden Aufruf Adolf Hitlers zur Lage:

„Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!

Schon nach kurzer Beobachtung der Tätigkeit des Kabinetts von Papen, habe ich meiner Einsicht und Ueberzeugung entsprechend, Folgen vorhergesagt, die nun gekommen sind.

Als Herr von Papen die Arbeitslosenzahl bis zu Beginn dieses Winters um 2 Millionen zu senken versprach, die wirtschaftliche Not zu heben vorgab, die innen- und außenpolitischen Fragen einer Lösung entgegenzuführen versicherte, waren unzählige Deutsche mit einem Schlage wieder von gläubigem Vertrauen erfüllt. Ich habe damals gewarnt und mehr als recht behalten.

Die Wirtschaftsnot dauert an. Die Arbeitslosigkeit steigt, der Bolschewismus in Deutschland nimmt zu, die Isolierung des Reiches der übrigen Welt gegenüber ist fast vollendet.

Noch nie hat in Deutschland ein Kabinett mehr Macht gehabt, noch nie aber auch mehr versagt, als diese Regierung einer kleinen exklusiven Schicht unseres Volkes.

Heute werden mir Millionen der Anhänger unserer Bewegung innerlich dankbar sein, daß ich die Partei, in der sich eine letzte Reserve deutschen Glaubens, deutscher Kraft und deutscher Hoffnung befindet, nicht mit diesem unseligen politischen und wirtschaftlichen Dilettantismus verbunden habe.

Ich kann das noch viel weniger in Zukunft tun. Ich weiß, diese Regierung wird ihr unheilvolles Wirken fortsetzen. Ich kann das im Augenblick nicht verhindern, allein was ich, solange ich lebe, verhindern werde, ist die Preisgabe unserer einzigen Bewegung an dieses Regiment."

Man hat mich nach Berlin gerufen, um an der Behebung einer Regierungskrise mitzuwirken und wollte doch nichts anderes, als Papens Kabinett zu retten und mir einen zweiten 13. August bereiten.

So hätten wir Nationalsozialisten auf einmal wieder die hohe Ehre bekommen, zur Aufputzung des etwas schwach gewordenen Glanzes dieser Regierung durch einen oder zwei nationalsozialistische Minister beitragen zu dürfen. Ich habe darauf die Haltung eingenommen, die ich als Führer unserer Bewegung einnehmen mußte.

Deutschland wollen wir retten, die Regierung von Papen aber nicht!

Da ich dieses Mal Vorsorge trug, daß der 13. August sich nicht wiederholen konnte, erhielt ich den Auftrag, eine Lösung parlamentarischer Art herbeizuführen, die vorsorglich durch die daran geknüpften Bedingungen von vornherein unmöglich gemacht wurde. Dennoch habe ich mich angesichts der großen Not unseres Volkes entschlossen, ein Angebot zu machen, das zugleich für die inneren Absichten aller klärend sein konnte. Das Angebot wurde abgelehnt und damit erscheint, glaube ich, der Wille der Ratgeber des Herrn Reichspräsidenten enthüllt. Was ich am Abend des Wahltages schon erklärte, wiederhole ich daher heute: Dieses System muß in Deutschland niedergebrochen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerbrechen soll.

Der Kampf wird daher weitergeführt und wer den Weg dieses Kabinetts vom Juni bis heute mit offenen Augen verfolgte, der weiß, wer der Sieger sein wird. gez. Adolf Hitler."

Schärfste Kampfansage der NSDAP. an jedes neue Kabinett

Reichstagspräsident Goering empfing am Donnerstag abend im Auftrage des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, die Vertreter der Presse, um ihnen eine Darstellung über die Ereignisse der letzten Tage zu geben. Er betonte einleitend, daß diesmal auf Grund der am 13. August gemachten Erfahrungen die gesamten Verhandlungen schriftlich niedergelegt worden seien, da am 13. August das Erinnerungsvermögen an die damaligen mündlichen Besprechungen so unklar gewesen sei, daß sich daraus schwerwiegende Folgerungen ergeben hätten. Dieser schriftliche Weg sei um so notwendiger, als die eine Seite den amtlichen Apparat und den Rundfunk zur Verfügung habe, daß sie durch den Burgfrieden eine Unterrichtung der Oeffentlichkeit in Versammlungen unmöglich gemacht habe und daß sie schließlich jederzeit in der Lage sei, durch Auflagenachrichten eine einseitige Darstellung zu geben. Die weiteren Ausführungen Goerings gaben dann den im wesentlichen bekannten Standpunkt der NSDAP wieder.

Die Verhandlungen der letzten Tage, so erklärte er, legen uns die Frage vor, inwieweit die Absicht, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, allen Ernstes bestanden hat, und ob man nicht lediglich beweisen wollte, daß dieser Weg nicht gangbar sei, um dadurch einen Notstand festzustellen und die Möglichkeit zu haben, ein geschäftsführendes bzw. Präsidialkabinett an der Regierung zu belassen. Hitler sollte dieses Mehrheitskabinett bilden und war mit präsidialen Bindungen versehen, die eine solche Mehrheitsbildung von vornherein ausschließen mußten. Wenn gesagt wird, daß die Besprechungen mit den Parteiführern beim Reichspräsidenten ergeben hätten, daß diese Vorbehalte von sämtlichen Parteien anerkannt würden und keine Schwierigkeit darstellten, so ist das doch nicht ganz richtig. Allein schon die Frage der Beseitigung des Dualismus Preußen—Reich konnte mit dieser Bindung versehen zu keiner Einigung führen. Wenn z. B. beim Reichspräsidenten diese Beseitigung in der Vorstellung bestand, daß Kanzler und preußischer Ministerpräsident eine Person zu sein und eine Verschmelzung der beiden Ministerien stattzufinden hätte, so konnte man feststellen, daß beim Zentrum und bei der Bayrischen Volkspartei eine vollständig andere Auffassung in der Frage der Beseitigung des Dualismus vorherrschte.

Ich selbst, so betonte Goering weiter, habe am vergangenen Sonntag als Reichstagspräsident von mir aus Fühlung mit den Parteien genommen, zumal mir gesagt worden war, daß ich mit der Möglichkeit zu rechnen hätte, daß der Reichspräsidenten auch mich — den Reichstagspräsidenten — in einer so schwierigen politischen Lage hören würde. Hugenberg hat seine Ablehnung mit der „eigenartigen Form einer Bitte" begründet. Dazu darf ich sagen: Einmal hat es mit der Sache nichts zu tun, ob ich an Lebensjahren jünger bin oder Hugenberg älter. In einer solchen Lage hat auch mein Amtsvorgänger wiederholt die Parteiführer zu sich gebeten, um sich ein Bild machen zu können, falls er zum Reichspräsidenten gerufen würde. Bei der Eile konnte eine solche Einladung nicht anders als auf telefonischem Wege erfolgen.

Hitlers Gegenvorschlag ist so ausgelegt worden, als habe Hitler ein Präsidialkabinett mit seiner Führung gefordert. Das stimmt nicht. Hitler hat einen Vorschlag zur Behebung der Krise gemacht, wobei er sich um die Definition eines Präsidialkabinetts nicht gekümmert hat. Der Reichspräsident ließ durchblicken, daß das persönliche Vertrauensverhältnis nicht vorhanden sei und darüber hinaus hat er Hitler auch noch Bindungen auferlegt. Man kann also nicht davon sprechen, Hitler sei eine Chance gegeben worden. Diese angebliche Chance war so gegeben, daß sie eben keine Chance war, sondern eher ein Knüppel, der zwischen die Beine geworfen wurde.

Goering erinnerte abschließend an das Wort des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, daß es doch notwendig sein werde, Hitler zu berufen, wenn nicht heute, dann in einigen Monaten, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß allein die nationalsozialistische Bewegung in der Lage sein werde, die Rettungsarbeit am deutschen Volk zu vollziehen. Jedes andere Kabinett wird von uns ebenso bekämpft werden, wie das Kabinett Papen, und wir werden es ebenso zur Strecke bringen!

Kaas verhandelt

Der Empfang der Parteiführer durch Meißner

Die Unterredung Hitler—Hugenberg

Berlin, 25. 11. (Funkspr.) Der Zentrumsführer Prälat Kaas wird im Laufe des heutigen Vormittags und Nachmittags Besprechungen mit den Parteiführern über die Lage haben, wie sie nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler entstanden ist. Den Auftrag, eine Regierung zu bilden oder Verhandlungen über die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu führen, hat er nicht. Er wird sich also darauf beschränken festzustellen, wie jetzt die Lage ist und wie die verschiedenen Parteiführer sie auffassen. Ueber das Ergebnis seiner Besprechungen wird er heute nachmittag dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Eine parteiamtliche Mitteilung über das Ergebnis seiner Besprechungen wird vor diesem Bericht an den Reichspräsidenten seitens der Zentrumspartei nicht ausgegeben werden. Wie weit der Kreis der Besprechungen des Prälaten Kaas sich erstreckt, insbesondere ob auch die Führer der Sozialdemokratischen Partei einbezogen werden, wird nicht mitgeteilt.

Der gestrige Empfang der Parteiführer Hugenberg, Dingeldey und Schäffer durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten diente, wie verlautet, lediglich der Unterrichtung der Parteiführer über die gestern nachmittag entstandene Lage. Irgendwelche Erörterungen über die Möglichkeit, wie weiter verfahren werden kann, haben nicht stattgefunden. Der Prälat, der vom Reichspräsidenten persönlich empfangen wurde, ist von diesem lediglich gebeten worden, sich über die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu unterrichten und hierüber dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten.

Die Unterredung, die am gestrigen Nachmittag zwischen Hitler und Dr. Hugenberg an einem dritten Ort stattfand, konnte nach Lage der Dinge gleichfalls nur der Erörterung der nunmehr gegebenen Lage dienen, nachdem von der bereits am Sonntag ausgesprochenen Bereitwilligkeit Hugenbergs zu einer solchen Unterredung erst in einem Zeitpunkt Gebrauch gemacht wurde, in dem auf die tatsächliche Entwickelung der gegenwärtigen Lage durch eine solche Unterredung ein Einfluß nicht mehr ausgeübt werden konnte.

SLUB
Wir führen Wissen.